

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckverlag: K. H. Schönbach
Verlagsnummer: 25241
Für die Redaktion: Nr. 20011
Schreibweise u. Druckgröße: 10/12
Dresden-N. 1, Maxenstraße 24/25

Bezugspreis vom 1. d. M. 20. November 1928 bei halbjährlicher Bestellung frei Haus 1.70 RM.
Vollbezugspreis für Monat November 0.40 RM ohne Postumschlaggebühren. Einzelnummer 10 Pf.
Kubert'sches Dresden 15 Pf. Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet:
die einseitige 30 mm breite Seite 25 Pf., für auswärts 40 Pf. Familienanzeigen und Stellen-
gesuche ohne Rabatt 15 Pf., außerhalb 25 Pf., die 60 mm breite Reklameseite 200 Pf., außer-
halb 250 Pf. Offertengebühr 30 Pf. Rückständige Beiträge gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Neff & Reichardt,
Dresden, Westhof-Platz 10a
Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung
(Dresden, Nachr.) zulässig. Unverlangte
Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Neue Bahntarif-Erhöhung in Aussicht

Wenn die Lasten nicht vermindert werden

Der Verwaltungsrat über die Finanzlage

Berlin, 27. Nov. Am 26. und 27. November tagte in Berlin der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft. Die derzeitige Finanzlage der Reichsbahn ergibt folgendes Bild: Die Produktionskosten im Ruhrgebiet hat eine Verminderung des Güterverkehrs zur Folge. Sie wird auch nach Wiederaufnahme der Arbeit noch lange den Verkehr mindern beeinflussen. Die von der Renetstellung der Personenklassen erwartete Auswanderung in die Posterkategorie ist insbesondere im Nahverkehr eingetreten. Zur Vermehrung der Postwagenklasse und zur einheitlichen Ausgestaltung der Wagen der Postklasse nach dem Muster der bisherigen 3. Klasse hat der Verwaltungsrat weitere Mittel bereitgestellt. Ein Ueberschuss als Vortrag für das neue Jahr wird sich auch im günstigsten Falle nicht ergeben.

Die nach der Verkehrslage des Jahres 1928 geschätzten Betriebseinnahmen für 1929 bedeu die Betriebsausgaben nur bei äußerster Einschränkung der laufenden sachlichen Anforderungen. Eine Verringerung der Einnahmen ist aus dem steigenden Wettbewerb der anderen Verkehrsmittel zu befürchten. Die Reichsbahn hat fast allein die poli-

tischen Lasten (Reparaturen, Verkehrssteuer und außerordentliche Pensionslasten) zu tragen, von denen die übrigen Verkehrsmittel nahezu frei sind. Wird der über das gesunde wirtschaftliche Maß hinausgehenden Förderung dieses Wettbewerbs nicht Einhalt getan, trotzdem aber von der Reichsbahn die volle Ausbringung ihrer politischen Lasten gefordert, so müßte der Verkehr auf der Eisenbahn angewiesene Verkehr um so schwerer belastet werden.

Eine wesentliche Ausgabensteigerung droht aus der Absicht, für die Reichsbeamten und damit auch für die Reichsbahnbeamten die jetzt gültige Arbeitszeit grundsätzlich zu verkürzen. Die durch die Einführung der wöchentlich 48stündigen Arbeitszeit entstehende jährliche Mehrausgabe ist für die Reichsbahn auf 250 Millionen Mark jährlich zu schätzen. Zur Deckung dieser Mehrausgaben käme als einziges Abhilfsmittel eine neue Tarifserhöhung in Frage. Sie müßte wegen des mit ihr verbundenen Verkehrsrückganges wesentlich mehr als 250 Millionen Mark ausmachen. Der Verwaltungsrat ersuchte, gelegentlich der Feststellung des Voranschlags des Generaldirektors, die ausländischen Reichsstellen nachdrücklich auf den aus dieser Darstellung sich ergebenden Ernst der Lage hinzuweisen.

Wohnungsfrage und Hauszinssteuergesetz

Der Umstand, daß im Reichsrat die Vorlage über die Gebäudeentlastungssteuer (Hauszinssteuer) abgelehnt worden ist, übt einen verzögerlichen Einfluß auf die Beratung der von der Reichsregierung aufgestellten neuen Richtlinien zur Wohnungsfrage aus, da der Wohnungsausschuß des Reichstages erklärt hat, daß es zweckmäßig sei, mit dem Beginn der Verhandlungen über die Richtlinien zu warten, bis das Schicksal des genannten Entwurfs entschieden sei. Die neue gesetzliche Regelung der Hauszinssteuer bilde die Grundlage der staatlichen und kommunalen Anteilnahme an der künftigen Finanzierung des Wohnungsbaues, und diese Grundlage müsse erst feststehen, ehe man Beschlüsse fassen könne. Die abgelehnte Vorlage sieht folgendes vor: Die Hauszinssteuer zerfällt in zwei Teile, eine Wert-erhaltungssteuer und eine Entschuldungssteuer. Die erstere sucht man damit zu begründen, daß die Besitzer von Vorkriegsgebäuden einen Teil ihres Wertes in die Gegenwart hinübergerettet hätten. Die Wert-erhaltungssteuer soll von dem Teile des Friedenswertes des Gebäudes erhoben werden, der damals nach Abzug der Hypotheken das Eigenkapital des Besitzers darstellte. Die Entschuldungssteuer soll dagegen einen Ausgleich für den Gewinn bieten, den der Hausbesitzer dadurch erfährt, daß er nach der Aufwertung nur noch ein Viertel seiner Vorkriegshypotheken zu verzinsen hat. Dabei bedenkt man aber nicht die kolossale Abnutzung der Gebäude während der Kriegs- und der Inflationszeit und die schlechte wirtschaftliche Gesamtlage der Hausbesitzer. Die landwirtschaftlichen Gebäude sind von der Steuer ausgenommen, insonsequenterweise aber nicht auch die gewerblichen Gebäude, obwohl diese bereits durch die industrielle Belastung aus dem Danesplan besonders in Anspruch genommen sind. Die Wirtschaft hat die Befreiung auch dieser Gebäude längst gefordert, aber wiederum vergeblich. Das Aufkommen aus der Gebäudeentlastungssteuer soll zur Hälfte zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs der Länder und Gemeinden, zur anderen Hälfte zur Förderung des Wohnungsbaues verwendet werden. Die für die Hauszinssteuer ins Feld geführten Gründe sind nur Scheingründe, die nicht darüber hinwegtäuschen können, daß es sich um ein steuerpolitisches Ausnahmengesetz gegen eine bestimmte, nicht weniger als auf Rollen gebettete Schicht handelt, um eine konfiskatorische Maßnahme, eine teilweise Enteignung der Hausbesitzer. Die unsicher die Reichsregierung sich selbst auf diesem schwankenden Boden fühlt, geht daraus hervor, daß die Wert-erhaltungssteuer vom 1. April 1931 an auf die Hälfte ermäßigt werden und vom 1. April 1934 an ganz wegschallen soll. Ferner soll geprüft werden, ob und inwieweit das Bestehen der Entschuldungssteuer auf längere Zeit hinaus noch notwendig erscheint. Das Beste wäre gewesen, wenn man nach dem Fall der Steuer im Reichsrat überhaupt damit Schluss gemacht hätte. Das will die Regierung aber nicht, sondern die Vorlage wird mit dem übrigen im Reichsrat angenommenen Teil des Steuervereinfachungsgesetzes vor den Reichstag gebracht werden, von dem es dann abhängt, ob diese ungerechte und unsoziale Steuer noch ein weiteres Dasein fristen soll.

Der Beschluß des Wohnungsausschusses, die Beratung der neuen Richtlinien zur Wohnungsfrage, die amtlich noch nicht bekanntgemacht worden sind, deren Grundlage aber bereits den Weg in die Öffentlichkeit gefunden haben, von dem Schicksal des Hauszinssteuergesetzes abhängig zu machen, berührt in dem Hinweis auf das Ausmaß der öffentlichen Unterstützung des Wohnungsbaues eine Kernfrage der ganzen Angelegenheit. Grundfänglich ist hierzu zu sagen, daß nur die Wiederherstellung des früheren Zustandes, als das Privatkapital im Wohnungsbau die unbestrittene Führung hatte, das völlige Verschwinden der Wohnungsnot ermöglichen kann. Jedes neue Bauprogramm muß deshalb daraufhin geprüft werden, ob es der Beteiligung des Privatkapitals genügenden Spielraum gewährt. Zu diesem Zwecke ist zweierlei erforderlich: Einmal muß dafür gesorgt werden, daß die Zwangswirtschaft unter Verbeibehaltung des notwendigen Mieterchutzes für die Uebergangszeit in möglichst kurzer Frist ganz beseitigt wird, und zum anderen ist der freien Wirtschaft Gelegenheit zu geben, daß sie die Inanspruchnahme der öffentlichen Mittel für den Wohnungsbau unter erheblich erleichterten Bedingungen vollziehen kann. Die Richtlinien verschließen sich auch der Einsicht nicht, daß man an dem auf innigste zu wünschenden Ziele einer immer härteren Heranziehung des Privatkapitals zum Wohnungsbau festhalten müsse, aber den Zeitpunkt, an dem sich vielleicht die Vorherrschaft des Privatkapitals wieder stabilisieren ließe, liegen sie in ziemlich weite Ferne gerückt. Zu diesem Urteil gelangen sie auf Grund der Tatsache, daß der bisher als reichlich hoch geschätzte Durchschnittsbedarf von jährlich 300 000 Wohnungen nach den neuesten Feststellungen „behaltenfalls nur dem normalen Bedürfnis entspricht“. Wenn dieser Durchschnitt dem künftigen Bauprogramm als Unterlage diene, so ergäbe sich daraus keine Verminderung, sondern im Gegenteil eine Verstärkung der Mitwirkung der öffentlichen Hand. Unter diesem

Schwieriger Weg zur Großen Koalition

Vorbereitung des Kanzlers mit den Parteien

Berlin, 27. Nov. Reichskanzler Müller hatte heute mittag die Vertreter der hinter seiner Regierung stehenden Parteien zu einer Besprechung gebeten. Die Unterredung, an der für die Demokraten der Abgeordnete Haas, für die Sozialdemokraten die Abgeordneten Weis und Breitscheid, für das Zentrum Dr. Stegerwald und für die Deutsche Volkspartei Dr. Scholz teilnahmen, hatte lediglich einen vorläufigen Charakter. Materielle Fragen wurden nicht erörtert. Man beschloß, am nächsten Freitag sich abermals zu versammeln und dann die Frage der Schaffung der Großen Koalition erneut ins Auge zu fassen. Inzwischen werden sich die Fraktionsvorsitze und dann auch die Fraktionen der beteiligten Parteien mit der Koalitionsfrage beschäftigen.

Unsere Berliner Schriftleitung meldet noch dazu: Wenn man auch bei den für die Große Koalition in Betracht kommenden Parteien immer wieder den Willen betont, so schnell wie möglich die Große Koalition zu schaffen, so beurteilt man doch in den parlamentarischen Kreisen die Aussichten für die Große Koalition zunächst noch nicht übermäßig optimistisch. Man verkennt nicht, daß

der Arbeitskonflikt im Ruhrgebiete noch immer parlamentarische Schwierigkeiten bringen kann, wenn etwa jetzt von den Sozialdemokraten noch bestimmte Forderungen gestellt werden sollten. Andererseits ist ja auch bekannt, daß die Volkspartei keineswegs mit den vom preußischen Wohlfahrtsminister erlassenen Richtlinien für die Unterzeichnung der Ausgesprochenen einverstanden ist. Die offiziellen Koalitionsverhandlungen hat man, wie gesagt, zunächst einmal bis zum Freitag vertagt, um Raum für Vorverhandlungen zu gewinnen.

In den Vorverhandlungen dürften die Staatsfragen, insbesondere die Frage der Deckung des Defizits, eine besondere Rolle spielen,

zumal diese Fragen besonders drängend sind, da der neue Haushalt dem Parlament möglichst schnell vorgelegt werden soll. Bis jetzt ist jedoch noch immer keine Einigung darüber zu erzielen gewesen, wie das Loch in dem Haushalt geklopft werden soll. Unter diesen Umständen ist gar nicht damit zu rechnen, daß etwa noch vor dem Zentrumsparteitag die Verhandlungen über die Große Koalition zum Abschluß gebracht werden könnten.

Der Zentrumsparteitag ist auch deshalb von besonderer Bedeutung,

weil sich auf ihm ja zeigen wird, ob das Zentrum Neigung dazu verspürt, in Preußen seine Nachbarn zugunsten der Deutschen Volkspartei zu verlassen. Bisher lagen die Dinge in Preußen so, daß auch die übrigen preußischen Koalitionsparteien erklärten, sie hätten nicht daran, einen ihrer Stütze für die Volkspartei freizumachen, wenn nicht auch das Zentrum sich in eine Verringerung seines Bestandes an Ministerien in Preußen finde. Da zurzeit der preußische Landtag nicht versammelt ist und

keine Möglichkeit besteht, zwischen den preußischen Regierungsparteien Erörterungen über die Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die preußische Regierung zu pflegen,

so ist dies ein weiterer Punkt, der eine hinausschiebung der etwaigen endgültigen Bildung der Großen Koalition bedingt.

Rückkehr des Prinzen von Wales

London, 27. Nov. Der Prinz von Wales hat aus Tanganika an Premierminister Baldwin ein Telegramm gerichtet, in dem es heißt, daß er und sein Bruder, der Herzog von Gloucester, so schnell wie möglich nach London zurückkehren werden. — Es handelt sich hierbei, wie Reuters betont, nicht um eine Rückberufung des Prinzen, sondern um eine Rückkehr aus eigener Initiative. Nach dem heute ausgegebenen australischen Bericht hat der König einen weniger unruhigen Tag verbracht. Die Temperatur war etwas niedriger als zur entsprechenden Stunde der letzten Nacht. Die Kräfte des Königs haben nicht abgenommen. — Die Admiralität hat dem Kreuzer „Enterprise“ Weisung erteilt, sich von Aden nach Dar-es-Salaam zu begeben, und sich dort zur Verfügung des Prinzen von Wales zu halten. (W. T. W.)

Explosion in einer brasilianischen Flottenschule

Recorff, 27. Nov. In der Flottenschule in Angra Dos Reis in Brasilien ereignete sich während einer Lehrstunde, bei der auch der amerikanische Flottenattaché zugegen war, eine Bombenexplosion, durch die mehrere brasilianische Offiziere, darunter der Schulkommandant, getötet wurden. Der amerikanische Flottenattaché ist ebenfalls schwer verwundet. Auch ist das Gebäude der Flottenschule sehr beschädigt worden.

Zehn Tote bei einer mexikanischen Wahl

London, 27. Nov. In Puebla in Mexiko kam es zwischen den Anhängern der verschiedenen Kandidaten um den Posten des Gouverneurs zu schweren Kämpfen, in deren Verlauf zehn Personen getötet und 30 verwundet wurden. Von den Behörden mußte das Kriegsgesetz verhängt werden, da die Zusammenstöße noch immer andauern.

Scheers Vermächtnis für die Flotte

Riel, 27. Nov. Der Chef der Ostseeflotte, Komteradmiral Hansen, hat folgenden Tagesbefehl erlassen: „Admiral Scheer ist tot. Der Führer der deutschen Flotte in der Seagerraktschlacht ist von uns gegangen. Was er dem Volke war, gebührt der Geschichte an. Wie beugen in Trauer und Ehrfurcht das Haupt. Der Geist, der am 31. Mai 1918 die deutsche Flotte zu höchster Leistung emporführte, ist kein Vermächtnis, dieses zu bewahren unsere Pflicht.“ (W. T. W.)

„Graf Zeppelin“ macht 1930 zwei Polarfahrten

Berlin, 27. Nov. Die heute unter Leitung des Reichsverkehrsministers v. Guérard zwischen dem Luftschiffbau Zeppelin und dem Vorstand der Internationalen Studien-gesellschaft zur Erforschung der Arktis mit dem Luftschiff (Aeroarktil) geführten Verhandlungen haben zu einem Ergebnis geführt. Die Besprechung ergab, daß der Luftschiffbau Zeppelin in der Aeroarktil das Luftschiff Graf Zeppelin im Jahre 1930 an zwei arktischen Vorladungsfahrten gegen angemessene Kostenerstattung zur Verfügung stellen wird. Dr. Eckener wird nunmehr in den Vorstand der Internationalen Studien-gesellschaft zur Erforschung der Arktis mit dem Luftschiff eintreten.

Die gemeinsamen Verhandlungen in Düsseldorf

Düsseldorf, 27. Nov. Die für heute in Aussicht genommenen Verhandlungen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände der Nordwestgruppe beim Reichspräsidenten haben kurz vor 10 Uhr begonnen. Die Verhandlungen sind um 1/2 Uhr unterbrochen worden. Sie werden am Mittwoch nachmittags 3 Uhr fortgesetzt werden. Ueber Gang und Aussehen der Verhandlungen wird von allen Beteiligten strengstes Stillschweigen gewahrt.